

Dringliche Interpellation Fraktion BDP/CVP (Claudia Meier, BDP): Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland zieht nach Ostermundigen

Der Regierungsrat hat am 18. Februar 2009 beschlossen, das Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland, das Grundbuchamt Bern-Mittelland sowie das Betreibungs- und Konkursamt Bern-Mittelland an einem neuen Standort in Ostermundigen, an der Poststrasse 25 (ehemaliges Swisscom-Gebäude), unterzubringen.

Ursprünglich war im Rahmen der Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung vorgesehen, diese Amtsstellen in der Stadt Bern anzusiedeln. Allerdings konnte gemäss Angaben des Kantons kein geeignetes Objekt zu tragbaren Konditionen gefunden werden. Das Objekt in Ostermundigen entspreche den Bedürfnissen am besten.

Die Stadt Bern verliert damit weiter an Attraktivität und ihr entgehen rund 220 Arbeitsplätze! Zudem stellen wir bedauernd fest, dass damit auch eine Abteilung wie das Grundbuchamt, welche ein breites Publikum betrifft, in die Peripherie der Agglomeration verlegt wird.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hatte der Gemeinderat Kenntnis von der Standortsuche des Kantons?
2. War der Gemeinderat in irgendeiner Weise in die Standortsuche des Kantons involviert?
3. Wurde der Gemeinderat über den Entscheid des Regierungsrates vorgängig informiert?
4. Hat der Gemeinderat Kenntnis von den genauen Umständen resp. Gründen für den Entscheid des Regierungsrates?
5. Falls ja, hat der Gemeinderat etwas dagegen unternommen?
6. Sieht der Gemeinderat überhaupt eine Möglichkeit, hier noch etwas zu unternehmen? Und falls ja, was?

Begründung der Dringlichkeit:

Der Regierungsrat hat dem Umzug bereits zugestimmt, der Grosse Rat wird in seiner Aprilsession (30. März bis 9. April 2009) darüber befinden. Danach wird es keine Möglichkeit für eine allfällige Intervention mehr geben.

Bern, 26. Februar 2009

Dringliche Interpellation Fraktion BDP/CVP (Claudia Meier, BDP): Jacqueline Gafner Wasem, Vinzenz Bartlome, Martin Schneider, Philippe Cottagnoud, Dieter Beyeler, Peter Bühler, Ueli Jaisli, Manfred Blaser, Kurt Hirsbrunner, Béatrice Wertli, Henri-Charles Beuchat, Edith Leibundgut, Dolores Dana, Jimy Hofer, Peter Wasserfallen, Mario Imhof, Philippe Müller

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass zwar von einer Umlagerung von Arbeitsplätzen gesprochen werden kann, jedoch keinesfalls die seitens Interpellanten erwähnten 220 Arbeitsplätze verloren gehen. Vielmehr wird das Amthaus in Bern, in welchem bis anhin das Statthalteramt

Bern-Mittelland eingemietet war, neu zu einem eigentlichen Justizgebäude, in welchem das Regionalgericht Bern-Mittelland, die Staatsanwaltschaft und das kantonale Verwaltungsgericht Platz finden werden.

Zu Frage 1:

Dass der Kanton im Rahmen der Verwaltungsreform Raumbedürfnisse hat, war allgemein bekannt.

Zu Frage 2:

Die Wirtschaftsförderung Region Bern, welche für die Region Bern die Arbeitsraumvermittlung betreibt, wurde im Mai 2008 zusammen mit einem privaten Standortvermittler kurzfristig zu einer Sitzung bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) eingeladen. Den Teilnehmenden wurde dabei eröffnet, dass für die dringenden Raumbedürfnisse im Rahmen der Verwaltungsreform noch keine Lösungen gefunden worden seien. Es ging in erster Linie darum festzustellen, ob der BVE alle Standorte mit rund 6 000 m², die ab Juni 2009 bezogen werden könnten, bekannt sind. In der Folge wurden dem Kanton alle seitens Kanton noch nicht eruierten Standortmöglichkeiten in Stadt und engerer Region unterbreitet. In der Gemeinde Bern wurden auch kleinere Standorte, und solche die nicht bis Juni 09 bezugsbereit waren, offeriert.

Zu Frage 3:

Nein.

Zu Frage 4:

Der Regierungsrat beurteilt den neuen Standort aus verkehrstechnischen, organisatorischen und Kostengründen als gut. Die wenigen Standortalternativen in der Stadt Bern erfüllten nicht alle Kriterien (Grösse, Bezugszeitpunkt und Kosten) und wurden deshalb verworfen.

Zu Frage 5:

Nein. Zu den Gründen siehe Antwort zu Frage 6.

Zu Frage 6:

Der Gemeinderat sieht keinen Grund etwas zu unternehmen. Er weist darauf hin, dass der neue Standort verkehrstechnisch gut erschlossen ist, es handelt sich keineswegs um einen Standort „in der Peripherie der Agglomeration“, sondern um einen Entwicklungsschwerpunkt (ESP) unmittelbar an der Gemeindegrenze Bern/Ostermundigen. In der Stadt Bern entstehen zudem keine Arbeitsraumleerstände, diese entstehen an den Standorten der bisherigen Regierungsstatthalterämter (Laupen, Schwarzenburg, Belp, Fraubrunnen). Dem Kanton wird zudem eine effizientere Verwaltungsorganisation ermöglicht, was schlussendlich den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommt.

Bern, 18. März 2009

Der Gemeinderat